

„Italiens Industrie wird unterschätzt“

Industriepräsident **Carlo Bonomi** spricht über die Unternehmen in Italien, seine Forderung nach neuen Schulden in Europa – und welche Fehler die EZB und die Fed gemacht haben.

Herr Bonomi, an diesem Donnerstag vertreten Sie die italienische Industrie bei einem trilateralen Treffen in Berlin mit ihren Kollegen aus Deutschland und Frankreich. Italien hat den zweitgrößten Industriesektor in Europa vor Frankreich. Müssen wir jetzt auch um die italienische Konjunktur bangen?

Italien durchlief nach der Pandemie eine sehr positive Entwicklung. Auch die erste Hälfte dieses Jahres war noch gut, nun aber hat eine Verlangsamung eingesetzt - nicht nur in Italien, sondern leider in allen Ländern, auch in Deutschland, das für uns ein sehr wichtiger Industriepartner ist.

Manchmal scheint die italienische Industrie ein wenig unterschätzt zu werden. Warum?

Sie wird zu Unrecht unterschätzt. Wir haben in den Jahren 2008, 2010 und 2011 drei große Krisen erlebt und dabei einige schwere Schläge eingesteckt. Aber im Rückblick hatte das auch seine positive Wirkung. Zehntausende Unternehmen haben ihr Eigenkapital gestärkt, sind in globale Wertschöpfungs- und Lieferketten eingestiegen, haben in Forschung und Entwicklung investiert und neue Vertriebsketten im Ausland aufgebaut. Wir haben unsere Exporte diversifiziert. Daher sind wir viel weniger von China abhängig als Deutschland. Wir haben vielleicht keine großen internationalen Champions wie Frankreich oder Deutschland, aber unsere exportierenden Mittelständler zählen zur Spitzengruppe des Welthandels.

Braucht Italien nicht mehr große Unternehmen?

Große Konzerne werden nicht per Dekret geschaffen. Aber ja, wir brauchen große Unternehmen, um die Lieferketten voranzutreiben. Sie sind für uns zentral. Als die Covid-Sperren kamen, haben die großen deutschen Autokonzerne die Regierung in Berlin daran erinnert, dass die italienische Autoindustrie nicht zum Stillstand kommen dürfe, weil sie so wichtig ist.

Wie sehen die kommenden Jahre aus?

Vieles wird von der europäischen Haushaltspolitik abhängen. Der EU-Haushalt muss aufgestockt werden, um neue gemeinsame Schulden zu garantieren. Dafür sollte der EU ein Teil der Einnahmen aus der geplanten Digitalsteuer für die IT-Giganten übertragen werden. Zudem sollte die EU die Einnahmen aus dem geplanten CO₂-Zoll für Importe erhalten, dem CBAM. Denn wenn Europa ein Champion niedriger Emissionen sein will, darf nicht ignoriert werden, dass importierte Waren in die EU niedrigere Preise haben, weil bei ihrer Produktion viel CO₂ freigesetzt wird. Die europäische Industrie dagegen reduziert diese Emissionen durch hohe Investitionen. Wir stehen in einem globalen Wettbewerb, auf den Europa gemeinschaftlich mit kooperativen Instrumenten antworten muss.

Eine „europäische Lösung“ heißt oft, dass andere zahlen sollen. Muss nicht Italien selbst dafür sorgen, dass seine Industrie wettbewerbsfähig bleibt?

Die Europäer haben davor Angst, dass sie den Ländern Mittel geben, die diese dann für die laufenden öffentlichen Ausgaben verwenden und somit verschwenden. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen Anreize für Investitionen in der Privatwirtschaft. So kommen wir zu Wachstum, Wohlstand und Einkommen durch Arbeit. Wir sind alle Europäer, auch die Unternehmen. Wenn Europa neue Kategorien von Kollektivgütern wie einen ehrgeizigen Klimaschutz, eigene Verteidigung und die digitale Transition geschaffen hat, dann müssen diese auch gemeinsam finanziert werden. Nicht zu vergessen ist zudem, dass Italien 13,5 Milliarden Euro in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eingezahlt hat, ohne davon Gebrauch gemacht zu haben. Der ESM wurde schon zweimal umgewidmet, und heute diskutiert Italien über die Ratifizierung der letzten Änderung. Warum sollte er nicht auch für den digitalen und ökologischen Wandel ein-



gesetzt werden?

Ist Europa also auf dem falschen Weg?

Europa muss Chancengleichheit für alle Mitgliedstaaten garantieren, wenn es Champion der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit werden will. Für nationale staatliche Beihilfen dagegen alle Begrenzungen aufzuheben wäre ein großer Fehler: Dies würde den Binnenmarkt zerreißen und uns auf Jahrzehnte gegenüber den USA und China schwächen. Die Billionen von Dollar, die Amerikaner und Chinesen bereitstellen, können in Europa nie auf dem nationalen Weg aufgebracht werden. Aufgrund der engen Verflechtung der europäischen Industrien würden nationale Alleingänge stattdessen auch die Starken treffen, nicht nur die Schwachen.

Die deutsche Regierung gibt Intel zehn Milliarden Euro für die Ansiedlung in Deutschland. Ist das eine Wettbewerbsverzerrung?

Nein, die deutsche Regierung hat viel mehr fiskalischen Spielraum als die italienische Regierung, und sie nutzt ihn. Die deutschen Steuerzahler müssen beurteilen, ob dies eine gute Verwendung ihrer Mittel ist. Europa sollte sich dieser Herausforderung stellen, und Italien sollte seine öffentlichen Ausgaben so umgestalten, dass sich die laufenden Ausgaben verringern und mehr Anreize für private Investitionen möglich werden.

Sie fordern mehr EU-Ausgaben, aber Italien schafft es nicht, die Mittel des Europäischen Wiederaufbaufonds oder auch der EU-Kohäsionsfonds vollständig auszugeben. Wie bringen Sie das unter einen Hut?

Italien hatte immer schon Schwierigkeiten, die EU-Mittel konkret umzusetzen. Das liegt auch an der scharfen italienischen Gesetzgebung, die nach und nach die Verwaltungsprozesse verlangsamt hat. Für unseren Verband zählen beim Wiederaufbaufonds nicht so sehr die finanziellen Zuweisungen, sondern die Strukturreformen, zu denen sich Italien verpflichtet hat, um effizienter und inklusiver zu werden. Ansonsten: Auch wenn die Auszahlungen mit einigen Monaten Verspätung kommen, ist Italien auf dem richtigen Weg.

Was könnte beim Wiederaufbaufond besser gemacht werden?

Wir haben von Anfang an gefordert, die Mittel stärker auf Anreize für Unternehmensinvestitionen auszurichten, weil sie so schnell umgesetzt werden können und so wie beabsichtigt das Bruttoinlandsprodukt steigern. Italien entschied sich dagegen für das Modell der öffentlichen Ausschreibungen durch Tausende Projektträger, deren Verfahren sehr langwierig sind. Aber man muss auch sagen, dass der Wiederaufbaufonds vor dem Energieschock, der Kostenexplosion, dem Rohstoffman-

gel sowie dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine ins Leben gerufen wurde.

Wie sollte der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt in Zukunft aussehen?

Zunächst einmal sollten wir die Reihenfolge umdrehen und ihn Wachstums- und Stabilitätspakt nennen. Das ist kein Wortspiel, denn nur wenn wir alle gemeinsam wachsen, werden wir Stabilität haben. Italien wie alle anderen europäischen Länder müssen im Wettbewerb bestehen können. Wenn Europa will, dass seine Zukunft in den Bereichen Verteidigung, Umwelt und Digitalisierung liegt – was wir unterstützen –, dann sollten die Anreize für Investitionen in diese Kollektivgüter aus dem Stabilitätspakt herausgenommen werden.

Aber würde die ohnehin schon hohe Staatsverschuldung Italiens nicht noch steigen, wenn der Pakt solche Ausnahmen zuließe?

Die Staatsverschuldung Italiens hat 2,8 Billionen Euro überschritten, was auf die Explosion der laufenden Ausgaben und die jährlich steigenden Zinsen zurückzuführen ist. Italien muss Investitionen gegenüber unproduktiven Ausgaben stärker Vorrang geben. Aber das allein würde nicht ausreichen, daher brauchen wir zusätzlich europäische Fonds.

Sie sprechen von Mitteln für die EU aus Grenzzöllen: Ist das nicht der Weg zum Protektionismus?

Die europäische Industrie will keinen Handelskrieg. Die Berücksichtigung des CO₂-Fußabdrucks von Importgütern ist fairer Wettbewerb, kein Protektionismus. Wenn wir weiterhin ignorieren, dass niedrige Importpreise aus vielen Ländern nicht der industriellen Wettbewerbsfähigkeit geschuldet sind, sondern der Gleichgültigkeit dieser Länder gegenüber dem Klimawandel oder dem Schutz von Sozial- und Arbeitsrechten, dann schließen wir uns letztlich selbst vom Wettbewerb aus. Europa ist nur für 8 Prozent der Klimaemissionen verantwortlich, China und Indien aber für 33 Prozent. Und auf der Klimakonferenz in Glasgow letztes Jahr haben China und Indien erklärt, dass sie bis 2035 Kohlekraftwerke in Betrieb nehmen werden.

Wenn wir Zölle und Beschränkungen einführen, wenden sich China und Indien dann nicht ab?

Die Chinesen werden den europäischen Markt nie aufgeben, er ist zu wichtig, weil hier viel Geld ausgegeben wird. Die ganze chinesische Überproduktion von Elektroautos und Batterien ist nicht nur für den heimischen Markt gedacht, sondern auch, um leichter nach Europa als in die USA zu exportieren. Die USA sind weniger offen als wir.

Giorgia Meloni ist seit einem Jahr im Amt. Anfangs befürchteten viele den

***Einzug einer rechtsextremen Populistin.
Sind Sie mit der Regierung zufrieden?***

Der große Test kommt mit dem Haushaltsgesetz, das jetzt ansteht. Die Texte liegen noch nicht vor, daher warte ich mit einem Urteil noch etwas. Was den großzügigen staatlichen Wohnungszuschuss, den „Superbonus“, angeht, so war es richtig, ihn einzuschränken, weil er für den Staat zu teuer ist. Die Steuer auf die Übergewinne der Banken ist ein Fehler und riskant für die Finanzstabilität. Die Regierung wird gezwungen sein, sie im Parlament radikal zu ändern. Wir fordern auch, die Sozialabgaben der Arbeitnehmer strukturell zu senken, damit ihnen mehr Einkommen bleibt. Zudem brauchen wir eine Neubelebung der Anreize im Programm „Industrie 5.0“.

Zur Geldpolitik. Was ist zu tun?

Wir kamen aus einem Jahrzehnt mit ne-

gativen Zinsen, eine Anomalie. Aber das Tempo der Zinserhöhungen war auf einen gigantischen Fehler der Fed und der EZB zurückzuführen; sie dachten anfangs, die Inflation sei ein vorübergehendes Phänomen. Wir brauchen jetzt aber einen ausgewogenen Ansatz. Die USA verfolgen ihn inzwischen durch eine gewaltige investitionsfördernde Finanzpolitik, die Eurozone aber nicht. Wir sind hier allein mit den wachstumshemmenden hohen Zinsen konfrontiert. Für die ökologischen Ziele muss Europa 3500 Milliarden Euro investieren, davon allein Italien 650 Milliarden. Der Wiederaufbauplan deckt davon nur 10 Prozent ab. Wir müssen auch angesichts des demographischen Niedergangs unsere großzügigen Wohlfahrtssysteme unterstützen. Ohne die Industrie kann es Europa nicht geben.

Das Gespräch führte **Christian Schubert**.



Am Telefon: Carlo Bonomi, Präsident des italienischen Industrieverbandes Confindustria

Foto IMAGO